

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

19.5.1931 (No. 115)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedstr.
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. u. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 5,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabat, der als Rabatt gilt und bemessen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Beschädigungen übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Bellagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Zollunion an den Haager Gerichtshof Hendersons Antrag angenommen

W.B. Genf, 19. Mai. (Tel.). Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag Hendersons, die Frage der juristischen Vereinbarkeit des deutsch-österreichischen Protokolls mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922 und den Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain dem Haager Gerichtshof zur Begutachtung zu überweisen, einstimmig angenommen.

Rein „fait accompli“ vor der Entscheidung

Die Debatte über die Zollunion im Völkerbundsrat wurde heute, Dienstag, vormittag fortgesetzt, nachdem man gestern nicht zu einem Abschluß kam. Am Montag sprachen noch der Italiener Grandi und der deutsche Außenminister Dr. Curtius. Dieser erklärte mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland mit der Ansetzung des Haager Gerichtshofs einverstanden, daß aber jeder Versuch, darüber hinaus den Völkerbund anzurufen, unzulässig sei und nur bedeute, daß man Deutschland und Österreich als Staaten minderen Ranges zu behandeln gedente.

Zu der Auffassung, daß der österreichische Außenminister Schober in seiner Antwort an Henderson am Montag jede weitere Verfolgung des Planes der deutsch-österreichischen Zollunion aufgegeben habe, wird aus Genf gemeldet, daß diese Auffassung willkürlich und nicht richtig sei. Aus dem offiziellen Stenogramm geht hervor, daß Schober auf die Frage Hendersons sich damit einverstanden erklärt hat, daß bis zur Beilegung des Verfahrens vor dem Haager Gerichtshof „keine Fortschritte in der Richtung der Herstellung der Zollunion“ gemacht werden. Dieses Zugeständnis ist materiell unerheblich. Auf deutscher und österreichischer Seite hatte man von vornherein keinen Zweifel gelassen, daß bis nach erfolgter Prüfung der juristischen Seite Delegationsverhandlungen im offiziellen Sinne nicht stattfinden werden, und daß bis dahin noch viel weniger ein fait accompli geschaffen werde. An dem beiderseitigen Entschluß der deutschen und der österreichischen Regierung, die Zollunion durchzuführen, hat sich nichts geändert.

Schober betonte in einer Besprechung mit Vertretern der deutschen und der österreichischen Presse: Die Erklärung, daß während der juristischen Prüfung kein fait accompli geschaffen und keine materiellen Verhandlungen geführt würden, sei auch schon früher erfolgt. Dr. Curtius und er hätten aber fest auf ihrem Standpunkt beharrt. Alles was geschehen sei, sei im Einvernehmen mit der deutschen Regierung erfolgt. Alle Schritte seien gemeinsam beraten und gemeinsam gutgeheißen worden. Der Weg, den die beiden Regierungen beschritten hätten, könne durch nichts mehr unterbrochen werden.

In unterrichteten Kreisen erwartet man die Entscheidung des Haager Gerichtshofs vor der Dezembertagung des Völkerbundsrates.

Die weitere Aussprache

W.B. Genf, 19. Mai. (Tel.). Der Völkerbundsrat hat heute in öffentlicher Sitzung die Beratung des englischen Antrages über das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt fortgesetzt. Als erster Redner ergriff der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš das Wort.

Er erklärte sich mit der Anregung Hendersons vollkommen einverstanden, daß der Rat sich im Augenblick nur mit der juristischen Seite der Frage zu befassen habe, versuchte aber mit der juristischen Frage auch wirtschaftliche Aspekte zu verbinden und die ganze Angelegenheit als einen Konflikt darzustellen, der in seinen ganzen Auswirkungen zur Zuständigkeit des Völkerbundsrates gehöre. Er bemühte sich dann um den Nachweis, daß eine deutsch-österreichische Zollunion für die Tschechoslowakei eine schwere Bedrohung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht bedeuten würde, bei der die Tschechoslowakei vor allem hinsichtlich ihres Zuganges zum Meer in einen Zwiespalt der Abhängigkeit von der Union geraten würde.

Noch deutlicher als Dr. Beneš unternahm der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch den Versuch, den Beratungsgegenstand nach der politischen Seite hin zu erweitern. Er knüpfte an die Ausführungen von Dr. Curtius an, daß die politische Seite der Frage nicht vor den Rat gehöre. Dazu erklärte er, keine Macht, vor allen Dingen keine Großmacht, habe das Recht, eine Frage als ihre ausschließliche Angelegenheit in Anspruch zu nehmen und dem Völkerbundsrat zu entziehen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erwiderte beiden Vorrednern, insbesondere dem letzteren, in knapper, eindrucksvoller Weise. Die deutsche Regierung erwarte nicht, daß eine Frage, in die gewiß Wirtschaft und Politik hineinspielen, nur vom Standpunkt des Formaljuristen beurteilt werde. Aber man könne es den Richtern vom Haag überlassen, inwiefern sie die rechtliche Frage zur Beurteilung heranziehen wollen. Das deutsch-österreichische Zollabkommen sei aber vor den Völkerbund gebracht worden in Hinblick auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs. Wenn aber der Haager Gerichtshof sich auch auf den Standpunkt stelle, daß Österreich sich im Rahmen seiner Verpflichtungen gehalten habe, dann würde Deutschland es für unerträglich halten, wenn man versuche, in der Zollunion eine Bedrohung des Friedens zu erblicken, um die Angelegenheit unter diesem Gesichtspunkt weiter zu erörtern. Bei ihrer Einstellung zu den europäischen Fragen lehne es die deutsche Regierung ab, sich als Störer des Friedens vor das Forum des Völkerbundes ziehen zu lassen.

Nach Dr. Curtius sprach der französische Außenminister, sichtlich bemüht, die Lage zu entspannen. Er erklärte, daß die

Letzte Nachrichten Der Stapellauf der „Deutschland“ Das neue Panzerschiff

W.B. Kiel, 19. Mai. (Tel.). Die alte Marinestadt Kiel steht heute im Zeichen des Panzerschiffes A. Nach jahrelanger Vorarbeit ist es nun soweit: Das erste deutsche Panzerschiff nach dem Kriege wird heute von Stapel gelassen. Eine besondere Weihe erhält dieser historische Augenblick durch die Gegenwart des Reichspräsidenten v. Hindenburg, der persönlich die Taufe dieses Meisterwerks deutscher Schiffbaukunst vornimmt. Die Einheiten der deutschen Flotte, soweit sie nicht auf Auslandsreise begriffen, sind im Hafen versammelt. Seit den Morgenstunden haben die Schiffe Flaggengala angelegt. Auch die Stadt trägt reiches Flaggenschmuck.

Schon halb, nachdem die Werk um 9.30 Uhr ihre Tore geöffnet hatte, begannen sich die zu beiden Seiten des Schiffes befindlichen, etwa 25.000 Personen fassenden Publikumsplätze zu füllen. Später trafen die Krüger- und Militärvereine mit ihren Fahnen, die jubelnden Korporationen in Weiß und etwa 10.000 Schulfinder ein. Auch das Reichsbanner und der Stahlhelm sind mit größeren Formationen vertreten. Auf der Tribüne der Ehrengänge sieht man von den Reichsministern Trevisanus. Der Reichstag ist u. a. durch den Vizepräsidenten v. Kardorff vertreten. Der Hafen ist dicht besetzt mit Schiffen aller Größen, und auf dem gegenüberliegenden Ufer drängen sich Kopf an Kopf. Der Tauffling selbst, der bereits das graue Kleid seiner Genossen trägt, glänzt im Schmutz grünen Laubgewindes und zahlloser Flaggen. Der langgestreckte, nicht sehr hohe Bau, bietet mit seinen eigenartigen Konturen einen ungewöhnlichen Anblick. Ohne jede Stütze ruht der Körper des Schiffes jetzt allein auf der schrägen Gleitbahn, gehalten nur von einigen Dremslöfen, ungeduldig, die erste Fahrt anzutreten.

Reichspräsident v. Hindenburg nahm auf dem an der Schanzborde liegenden Kreuzer „Königsberg“ während seines Kieler Aufenthaltes Wohnung. Die Standarte des Reichspräsidenten wurde von allen im Hafen liegenden Kriegsschiffen und der Salubatterie Friedrichsort mit 21 Schuß salutiert. Auf der ganzen Fahrt durch die Stadt wurde Hindenburg mit jubelnden Hochrufen begrüßt.

Auf der Werktrabante dem Reichspräsidenten eine Woge der Begeisterung entgegen, während auf der Tauffahrt die Präsidentenstandarte emporstieg. Dann nahm die eigentliche Feier ihren Anfang. Reichsminister Dr. Brüning ergriff das Wort zur Laude, die durch zahlreiche, meterhohe Lautsprecher auf dem ganzen Platz und das gegenüberliegende Ufer drängen und durch den Rundfunk auf Deutschland und Österreich übertragen wurde.

Während der Reichsanwalt seine Rede beendete, setzte sich das Schiff bereits in Bewegung und glitt erst langsam, dann immer schneller ins Wasser, unter Hurra- und Hochrufen und dem Jubel der Massen. Der eigentliche Stapellauf ging damit etwas vorzeitig, aber glücklich vorstatten.

Dann trat wieder Stille ein, als Reichspräsident v. Hindenburg mit folgenden Worten den Tauffahrt besagte: „Und nun glittest Du in Dein Element, ziehe hinaus auf das weite Meer! Tue dort Deine Pflicht und Schuldigkeit, sei es, um Zeugnis abzulegen von deutscher Arbeit, sei es zum Schutze des Vaterlandes! Halte Deine Flagge stets rein und hoch in Ehren! Dann wirst Du Deines Namens immer würdig sein, den ich Dir gebe: Du sollst „Deutschland“ heißen.“

Den Worten des Reichspräsidenten folgten erneute Jubelrufe, die schier nicht enden wollten. Dann klang das Deutschlandlied aus. Die Ehrenkompanie präsentierte. Während die „Deutschland“ an den Quai der Werktrabante wurde, verließ der Reichspräsident die Kanzel und nahm den Vorbereitungs der Ehrenkompanie ab.

Streik im französischen Textilgewerbe

W.B. Paris, 19. Mai. (Tel.). Wie Havas aus Lille berichtet, beträgt die Zahl der streikenden Textilarbeiter nach einer offiziellen Zählung 107.000 bei einer Gesamtzahl von 120.000 Textilarbeitern. Diese Zählung gibt aber keine einwandfreie Handhabe zur Beurteilung der Lage, da am Montag, dem Zähltag, ohnehin nicht voll gearbeitet zu werden pflegt. So sind in Roubaix Montag meistens 40 von 220 Fabriken geschlossen.

ganze Frage der Zollunion aus ihrer ursprünglichen Atmosphäre längst herausgelassen sei. Es sei eine europäische Angelegenheit geworden. Briand sagte, man könne zu Deutschland und Österreich das Vertrauen haben, daß sie es mit der von ihnen betonten Bereitschaft zur Zusammenarbeit Ernst nehmen.

Oesterreichische Stimmen

W.B. Wien, 19. Mai. (Priv.-Tel.). Das gestrige Ergebnis der Sitzung des Völkerbundsrates wird von den Blättern zwar ruhig, aber mit einem Unterton der Resignation aufgenommen.

Die „Reichspost“ beklagt, daß der größte Teil des Jahres für die Durchführung eines Planes verloren ist, der einen Ausweg aus dringender wirtschaftlicher Not schaffen sollte. Das Blatt glaubt behaupten zu müssen, daß dies darauf zurückzuführen sei, daß von beiden beteiligten Mächten Fehler in der diplomatischen Behandlung der Angelegenheit gemacht worden seien. Auch die „Wiener Neuesten Nachrichten“ bedauern, daß die Zusage des großen Wertes verzögert werden muß.

*Um die Zollunion

Die bisherigen Erörterungen der Zollunionsfrage vor dem Völkerbundsrat und dem Europa-Konferenz haben das eine Gute im Gefolge gehabt, daß Briand als Sprecher Frankreichs sich durch sein Temperament immer mehr und mehr fortziehen ließ und die rein politische Einstellung Frankreichs so eindeutig enthüllte, daß der öffentlichen Meinung der Welt heute niemand mehr die Komödientolle eines nur um das Recht besorgten Frankreichs vorspielen darf. Für Paris handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine Machtfrage und um nichts anderes.

Es ist unerhört nach französischer Auffassung, daß Österreich und Deutschland es wagen, eine Politik zu treiben, welche die beiden Länder in merkantiler Hinsicht noch etwas näher aneinander führt. Wie leicht kann aus dieser handelspolitischen Annäherung der Zusammenschluß entstehen! Aber auch, wenn das zunächst nicht zu befürchten ist, haben Österreich und Deutschland nicht das Recht, eine selbständige Handelspolitik zu treiben, solange Herr Briand mit seiner paneuropäischen Idee ganz bestimmte Pläne zur weiteren Befestigung des wirtschaftlichen und politischen Übergewichts Frankreichs verfolgt.

Daß Deutschland und Österreich den Mut aufbrachten, in richtiger Einschätzung der paneuropäischen Sirenenklänge ihren eigenen Weg zum eigenen Wohle zu gehen, das allein ist ihr Verbrechen. Und Herr Briand hat dieses Verbrechen so tief empfunden, daß er jetzt in Genf die Maske abwarf und die Glacéhandschuhe auszog und sich Attacken auf Deutschland und Österreich leistete, wie sie der schroffste Chauvinist auch nicht jählimmer hätte vom Stapel lassen können.

Das Vorgehen Deutschlands und Österreichs wurde von ihm als „ein Gewaltstreik“ charakterisiert, und zweimal wurde der Schattensprechmann zitiert, um Herrn Curtius klar zu machen, was man in Frankreich von ihm erwartet. Wir haben schon seit einiger Zeit den Standpunkt vertreten, daß ein polterndes Frankreich unseren Interessen viel förderlicher ist, als ein Frankreich, welches die Krallen verbirgt. Die ganze Politik Briands war eine solche Politik der Samtpfötchen. Und es ist gut, daß die Ereignisse auch Herrn Briand gezwungen haben, nun endlich die Krallen zu zeigen.

Erreicht hat Briand mit seiner Taktik in Genf bis jetzt nichts, zumal Curtius durchaus Ruhe bewahrte und sich auf eine besonnene Defensiv beschränkte. Es ist das sicherlich die einzig richtige Politik. Wir haben bei rhetorischen Zusammenstößen mit Frankreich wenig zu gewinnen. Wir können jedoch sehr viel gewinnen, wenn es uns gelingt, Frankreich noch mehr als bisher ins Unrecht zu setzen.

Von vornherein haben wir damit gerechnet, daß die ganze Streitfrage dem Haager Gerichtshof zur Entscheidung überwiesen wird. Wir haben ebenso wie Österreich ein reines Gewissen und sind von der Überzeugung durchdrungen, daß die Zollunion rechtliche Bedenken nicht hervorrufen kann. Wir sehen also einem Urteil des Haager Gerichtshofes mit Ruhe entgegen. Die Überweisung hat der britische Außenminister Henderson in einem Antrag verlangt. Deutschland und Österreich haben diesem Antrag zugestimmt, und selbstverständlich wird bis zu dem Augenblick, in welchem der Spruch Haags erfolgt, ein formeller Abschluß der Zollunion nicht stattfinden, mögen auch die Vorarbeiten weiter fortlaufen.

Inzwischen hat Briand ganz bestimmte Vorschläge handels- und zollpolitischer Art überreicht. Diese Vorschläge sind nach französischer Auffassung so geartet, daß sie die deutsch-österreichische Zollunion überflüssig machen. Begründet ist dieser Glaube Frankreichs indessen nicht. Bis jetzt macht sich von verschiedenen Seiten gegen diese Vorschläge lebhafter Widerspruch geltend.

Die Fliegerlandung in Schweinfurt

Gegen die bei Schweinfurt gelandeten drei französischen Flieger ist, wie aus München gemeldet wird, Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet. Die Flieger bleiben bis zur Beendigung des Strafverfahrens unter polizeilicher Aufsicht. Im Strafverfahren wird die Frage zu entscheiden sein, ob es sich um eine Notlandung oder einen Spionagefall handelt. Die Fliegerge werden zunächst abgerufen.

Bolschewegenslisten noch nicht vorgelegt. In zuständiger Berliner Stelle wird erklärt, daß der Stahlhelm noch nicht die Listen über das Bolschewegenswesen auf Auflösung des Preussischen Landtags den zuständigen Stellen vorgelegt habe. Man rechnet damit, daß unter diesen Umständen der Volksentscheid auf Auflösung des Landtags frühestens anfangs August durchgeführt werden kann.

Die obdenburgischen Wahlen

Das vorläufige amtliche Ergebnis

Das vorläufige amtliche Ergebnis der obdenburgischen Landtagswahlen am Sonntag stellt sich wie folgt dar:

	Landtagswahl 1931	Landtagswahl 1928	Reichstagswahl 1930
Deutsche Volkspartei	5 558 (1)	41 118 (5)	13 431
Sozialdemokraten	54 878 (11)	67 005 (15)	66 148
Staatspartei	8 513 (1)	24 711 (5)	13 579
Nationalsozialisten	97 778 (19)	17 457 (3)	76 216
Kommunisten	18 935 (3)	8 490 (1)	13 833
Wirtschaftspartei	4 274 (—)	11 763 (2)	10 029
Landvolk	5 403 (1)	14 450 (3)	12 756
Chr.-Soz. Volksdienst	2 942 (—)	1 848 (—)	3 054
Zentrum	46 192 (9)	39 602 (9)	47 733
Deutschnationale Gemeinschaftsliste der Deutschnat. u. Volkspt. in Vörländ	12 926 (2)	(4)	14 203

Bei der Landtagswahl 1928 gingen Deutschnationale und DVP zusammen.

Der neugewählte Obdenburgische Landtag muß verfassungsgemäß innerhalb sechs Wochen nach der Wahl einberufen werden, also bis Ende Juni. Im Ministerium ist man jedoch dem Vernehmen nach der Meinung, daß der Landtag möglichst früh zusammenzutreten soll. Wahrscheinlich wird der 9. oder 10. Juni in Aussicht genommen. Die frühzeitige Einberufung hängt selbstverständlich mit der Frage der Klärung der Regierungssituation zusammen. Zur Zeit hat Obdenburg ein Beamtenkabinet.

Kurze Nachrichten

Zur Brotpreisfrage. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird am Donnerstag vorausichtlich eine neue Aktion beim Reichsfinanzminister zur Brotpreisfrage beschließen.

Der preussische Gesandte in München, Dr. Dent, ist einseitig in den Ruhestand versetzt worden, da die preussische Gesandtschaft in München aufgelöst wird.

Kombinationen über eine neue Rotterordnung. Die Darstellung eines Berliner Blattes über eine neue Rotterordnung, in der weitere Herabsetzung der Beamtgehälter und Kürzung der Sozialleistungen vorgesehen sein sollen, wird an zuständiger Stelle als reine Kombination bezeichnet.

Strafstrafen für den Braunschweiger Schulkreis. Der Braunschweiger Minister Dr. Franzen hat, wie die „Post. Ztg.“ aus Braunschweig berichtet, allen Eltern, deren Kinder am 11. und 12. April d. J. am Schulkreis der weltlichen Schule teilgenommen haben, einen Strafbefehl zugestellt, wonach jeder von ihnen eine Haftstrafe von 3 Tagen erhält. Insgesamt wurden etwa 3500 Haftstrafen verhängt.

Die Verhaftungen in Hannover

Zu der bereits gemeldeten Verhaftung von Reichswehrangehörigen in Hannover wird mitgeteilt, daß es sich um einen in Linden (bei Hannover) stammenden Obergefreiten beim Fahrausbildungskommando, sowie um zwei Kommunisten handelt, darunter den hannoverschen Führer des illegal arbeitenden Rotfrontkämpferbundes, die alle wegen Waffenbesitzes und Beteiligung der Reichswehr verhaftet und auch schon dem Amtsgericht zugeführt wurden. Der Obergefreite verkehrte schon seit einiger Zeit in kommunistischen Kreisen und hat auch nach längerem Leugnen zugegeben, vor einiger Zeit einen Karabiner gestohlen und seinen kommunistischen Bekannten zu Unterzwecken übergeben zu haben. Er ist weiter geständig, bei einer internen kommunistischen Sitzung anwesend gewesen zu sein und mit einer Abteilung kommunistischer Exerzierübungen abgehalten zu haben. Der verhaftete Rotfrontführer gibt nur seine Beziehungen zu dem Obergefreiten an, verweigert aber sonst die Aussage.

Wiener Gaskonzert in Kassel

Leider scheint auch der populäre Name eines Walzerkönigs auf die Dauer der Anknüpfung der allgemeinen Wirtschaftslage nicht trohen zu können. Darauf deutete wenigstens der schlecht besuchte Festhalla, in dem Johann Strauß — der Kasse jenes berühmten Mannes, der dem Wiener Walzer zur Weltgeltung verhalf — mit seiner Kapelle wieder einmal musizierte; eine andere Frage ist freilich, ob nicht die Tourneeleitung doch besser daran getan hätte, die Eintrittspreise erheblich herabzusetzen, statt (wie man mir sagte), sie zu erhöhen. Denn es handelte sich ja im Grunde nur um die Wiederholung eines früheren Konzertes mit dem unbedeutenden Unterschied, daß das Programm die Werke aufschloß, die dort als Zugabe gesendet wurden, während alles andere damals Gespielte jetzt eben zwischendurch an die Reihe kam. Solches verdient übrigens noch deshalb vermerkt zu werden, weil es immerhin zeigt, welcher geringen Umfang selbst ein Strauß-Repertoire hat zumal für ein damit reisendes Orchester.

Da hatte es Onkel Johann Strauß persönlich doch weit leichter, und wenn er auf seinen eigenen Konzerten auch Werke anderer österreichischer Komponisten ausgiebig berücksichtigt, so war ihm darob sicherlich kein Hörer gram. Aber die alte Tradition der Familie ist nicht allein in diesem Punkt durchgefallen. Bekanntlich hat ja auch sein eigenes 1844 gegründetes Orchester, in das er später die Kapelle seines Vaters mitübernahm, seit 1902 zu existieren aufgehört, und vermutlich haben die meisten der Neumitglieder auch nie zu einem L. und I. Hofball aufgeführt, wovon also allein noch ihr Dirigent Authentisches zu berichten wissen dürfte. Ihm ist es im übrigen wohl auch einzig zu verdanken, daß das Reisesystem überhaupt wieder auflebte und damit eine speziell Wiener Note durch die Länder trug; für ihn muß zudem es als besondere Anerkennung gewertet werden, wenn er an der Spitze seiner 30 Mann sogar in der diffizilen Musik eines halbkreisförmigen Raumes doch die Ansprüche des Publikums voll befriedigen kann. Gewiß schon der Wiener Dreikaiser ist an sich ein ausgezeichnetes und fast ausschlaggebendes Werbefaktor für einen solchen Abend, aber nicht minder wichtig ist dessen hilfsbereite Wiedergabe. Wer könnte jedoch eine liebevolle Beachtung aller Feinheiten besser garantieren, als dieser getreue Effektivität, der nicht nur mit dem Ohr, sondern auch mit dem ganzen Herzen bei der Sache ist?

Dans Leip: Der Untergang der Juno. (Verlag Gebr. Enoch, Hamburg.) — Es werden also doch noch gute Romane geschrieben, Romane, die eine sojagigen klassische Linie aufweisen, weil sie in einem schönen, künstlerisch geformten Deutsch geschrieben sind und ein Ereignis, eine Geschichte famos zu erzählen wissen. Hier haben wir so ein Buch! Es ist ein Seeroman, der im 18. Jahrhundert spielt. Unbedeutend kann man ihn auch der Jugend in die Hand geben. Sie wird ihre beste Freude daran haben.

Die Reparationsfrage

Eine englische Stimme

WTW. London, 19. Mai. (Tel.) „Financial News“ sagt in einem Leitartikel, der starke Widerstand Frankreichs gegen die geplante Zollunion habe eine tiefe Wirkung auf die deutsche öffentliche Meinung ausgeübt und die Überzeugung des deutschen Volkes bekräftigt, daß es das Opfer einer Unterdrückungspolitik sei, und daher dem Verlangen nach einer Revision der Reparationsabmachungen neuen Antrieb gegeben.

Das Blatt bezeichnet eine Wiederanstellung der Reparationsfrage in allernächster Zeit als unvermeidlich. Deutschland werde wohl kein Moratorium erklären, um die nachteilige Wirkung eines solchen Schrittes auf den deutschen Kredit zu vermeiden. Es sei aber möglich, daß die B.Z. aufgegeben werden wird, bis Lage zu prüfen und ein Gutachten abzugeben, womit dann das ganze Problem der internationalen Schulden erneuert aufgerollt werden würde. Vielleicht werde dann wieder ein Ausschuss gebildet werden wie bei der Aufstellung des Dawes- und Youngplanes.

Die Abrüstung

Behandlung im Völkerbundsrat

Nach Erledigung der Zollangelegenheit wird die Abrüstungsfrage behandelt werden. Es handelt sich zunächst um die verschiedenen Anträge auf Offenlegung des Rüstungsstandes. Während Deutschland bekanntlich in den von ihm vorgeschlagenen Tabellen auch eine Erfassung der ausgebildeten Reserve und des lagernden Materials verlangt, beschränkt sich der englische Antrag auf die Offenlegung gemäß den Tabellen, die dem vom Vorbereitungsanschuß ausgearbeiteten Entwurf einer Abrüstungskonvention beigefügt sind. Der deutsche Außenminister wird den deutschen Antrag ausführlich begründen. Sollte er nicht angenommen werden, so wird sich Deutschland bei der Abstimmung über den dann im Vordergrund der Debatte stehenden englischen Antrag der Stimme enthalten. Am Mittwoch oder Donnerstag wird ferner in einer vertraulichen Sitzung die Entscheidung über den Ort der Abrüstungskonferenz von 1932 und ihren Präsidenten fallen. Es ist so gut wie sicher, daß die Abrüstungskonferenz in Genf unter dem Vorsitz von Henderson zusammenzutreten wird.

Genf, 19. Mai. (Priv.-Tel.) Zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz sollen in nächstfolgender Sitzung vorerst die Frage des Vorsitzenden und der Ort der Konferenz erörtert werden. Es heißt, daß sich gegen die einstimmige Wahl des britischen Außenministers Henderson zum Präsidenten der Konferenz keine ernstlichen Widerstände erheben werden. Als Ort der Abrüstungskonferenz dürfte wohl wieder Genf in Frage kommen, wenn auch in letzter Zeit öfters London genannt wurde. Für Genf spricht dabei eine Reihe technischer Gründe.

Im übrigen wird sich der Rat noch mit dem Antrag der deutschen Regierung auf Abrüstungsoffenlegung und auf den weitergehenden Antrag der englischen Regierung zu befassen haben. Beide Anträge werden aber heute wohl nicht endgültig erledigt werden, sondern zunächst in privaten Besprechungen weiterbehandelt und erst in den nächsten Tagen zur Entscheidung gestellt werden. In gut informierten Kreisen heißt es, die deutsche Delegation werde unter allen Umständen darauf drängen, daß alle diese Fragen schon jetzt rühlos gelöst werden. Die von Deutschland beantragte separate Behandlung der stillen Luftfahrt wird erst in den nächsten Tagen dem Rat vorliegen.

Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Presse in Wien bot Gelegenheit zu zahlreichen Ausdehnungen der Freundschaft zwischen den Journalisten des Reiches und Österreichs. Die Wiener Organisation gab den Reichsdeutschen zu Ehren ein großes Bankett, an dem Innenminister Winkler und der deutsche Gesandte Dr. Rieth teilnahmen. Der Vorstand des Reichsverbandes wurde vom Bundespräsidenten und vom Bundeskanzler empfangen. Sonntagabend fanden die sachliche Beratung der Tagung ihren Abschluß. Die Einladung Frankfurts und des Vereins der Frankfurter Presse, den Vertretertag 1932 anlässlich des Goethe-Jahres in Frankfurt abzuhalten, wurde angenommen.

Aleine Chronik

In einem Steinbruch bei Brittingen, in der Nähe von Nottwil a. N., sind durch einen verpatet losgegangenen Sprengschuß 5 Personen schwer und 4 leicht verletzt worden. Einer der Verunglückten ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Bei der Einfahrt des Fuldaer Personenzugs in den Frankfurter Hauptbahnhof geriet Montagabend der heftige Landtagsabgeordnete Landwirt Friedrich Jost aus Vermuthshain infolge vorzeitigen Abbringens unter die Räder des Zuges und wurde hierbei so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb. Jost war Mitglied des Hessischen Landtags seit 1921 und vertrat den hessischen Landbund.

In der Filiale Sögter der Kommerz- u. Privatbank sind Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden, die z. T. noch in die Zeit zurückreichen, in der die Filialgeschäfte von der Braunschweigischen Handels- u. Privatbank betrieben wurden. Die Unregelmäßigkeiten haben solange verborgen bleiben können, weil Vertretungen im Zusammenwirken von Kunden mit den Leitern der Filiale vorgenommen wurden. Die Summe der unterschlagenen Beträge dürfte sich auf 150 000 RM. belaufen.

Wie aus Berlin gemeldet wird, dürfte das Urteil gegen den Düsseldorf-Massenmörder Kürten von den in Betracht kommenden Instanzen nicht vor Pfingsten beraten werden, so daß das Urteil der Gnadeninstanz erst nach Pfingsten zugehen kann. Vor Ablauf der ersten Woche nach Pfingsten ist nicht damit zu rechnen, daß die Entscheidung über das Schicksal Kürtens vom preussischen Staatsministerium getroffen werden könnte.

In einem Automatenrestaurant in der Joachimthalerstraße in Berlin wurde Montagabend ein Engländer, der 40jährige Kaufmann der Mancha, von einer südeuropäischen Giftschlange, die ein Student Schöttler in seiner Mappe bei sich trug, in den Finger gebissen. Die Mancha wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht. Lebensgefahr scheint nicht mehr zu bestehen.

In Gnesen (Polen) sind am Montag 24 Personen in das Krankenhaus eingeliefert worden, die nach dem Genuß von Wurstwaren unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt sind. Weitere 10 Personen wurden noch im Laufe der Nacht dem Krankenhaus zugeführt. Der Zustand aller Erkrankten ist sehr ernst, doch hoffen die Ärzte, sie am Leben erhalten zu können.

In der Nähe von Chapiez in den französischen Hochalpen ist infolge der Hitze der letzten Tage ein Gletscher stark abgeschmolzen. Rund 1000 Kubikmeter Schmelzwasser gingen zu Tal. Acht Gebäude, die militärischen Zwecken dienten, wurden fortgeschwemmt und weitere vier beschädigt.

Das Problem Eisenbahn-Kraftwagen

Wie nunmehr mitgeteilt wird, ist in der am 8. Mai abgehaltenen Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung des Schenker-Vertrages eine Kommission gebildet worden, die sich mit dem Problem Eisenbahn-Kraftwagen befassen und Vorschläge zur Lösung dieser Frage formulieren soll. In dieser Kommission sind vertreten Delegierte des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes, des Vereins Deutscher Speditionen, des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie, der Reichsbahn und des gewerkschaftlichen Kraftverkehrs.

Schon jetzt scheint darüber Einigkeit zu herrschen, daß durch Konfessionierung von Kraftwagenlinien eine Kombination zwischen Kraftwagenverkehr und Eisenbahnverkehr gefunden werden muß; dabei hätte sich der Kraftwagenverkehr auf feste Tarife festzulegen. Die schwierige Frage, die Festlegung des Verhältnisses der Kraftwagenfrachten zu den Eisenbahnfrachten, dürfte in allernächster Zeit zu erörtern sein.

Österreichs 150-Millionen-Schilling-Anleihe zugelassen. Das Kontrollkomitee für die österreichische Anleihe von 1922 hat seine Zustimmung zu der Emission von Schatzscheinen in Höhe von 150 Millionen Schilling erteilt, nachdem die B.Z. in Basel bereits ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Beteiligung an dieser Transaktion ausgesprochen hatte.

Badischer Teil

Badischer Landtag

41. Sitzung.

D. J. Karlsruhe, 19. Mai.

Präsident Duffner eröffnet kurz nach 9 Uhr die 41. Sitzung und teilt zahlreiche Eingänge mit.

Dann gedenkt er

der jüngsten Hochwasserkatastrophe, die unser Land betroffen und einen Schaden verursacht hat, der an 1 Million heranreicht. Die dem Staat noch zur Verfügung stehenden Mittel seien leider sehr knapp. Der Präsident bezeichnet es als erfreulich, daß der Innenminister alsbald beschleunigte Berichte über die Schäden einfordert hat, um nach Möglichkeit der vorhandenen Mittel helfend eingreifen zu können. Erfreulich sei auch die alsbaldige Anweisung des Finanzministers an die Finanzämter, bei Besuchen um Stundung und Nachlass von Steuern weitgehend entgegenzukommen. Leider habe das Hochwasser auch Menschenleben gekostet. Er, der Präsident, spreche den Hinterbliebenen namens des Landtags herzliche Teilnahme aus.

Der kommunipolitische Abgeordnete Wolf erhält nachträglich einen Ordnungsruf, nachdem sich aus dem amtlichen Stenogramm seiner Rede zur Ausweisung des freidenklichen Redners Krenn ergeben hat, daß er beleidigende Wendungen gegen die katholische und die evangelische Kirche wie auch gegen eine Fraktion des Hauses brachte.

Als erster Punkt der Tagesordnung wird der **Gesetzentwurf einer Staatshaushaltsordnung** aufgerufen.

Darin wird das badische Haushaltsrecht in Anpassung an die Haushaltsbestimmungen des Reiches zusammenfassend neu geregelt. Bewährte badische Etatgrundzüge werden mit den Grundlinien des Reichshaushaltsrechts organisch zusammengefaßt. Oberster Grundsatze für Regierung und Landtag soll sein: Keine Ausgaben ohne Deduktion!

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) erstattet einen eingehenden Bericht über die Entwicklung des badischen Budgetrechts und die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes. Der Haushaltsausschuß beantragt, die Vorlage mit geringen Änderungen anzunehmen.

Das Gesetz soll rückwirkend am 1. April 1931 in Kraft treten. Die Berichterstattung beanspruchte fast 2 1/2 Stunden; sie ist das Ergebnis einer alleis anerkannten, die Materie gründlich beherrschenden, fleißigen Arbeit.

Dann nimmt

Finanzminister Dr. Schmitt

das Wort. Er unterstreicht die fundamentale Bedeutung der Haushaltsordnung im Staatsleben. Das neue Gesetz trage die Merkmale der Not unserer Zeit. Der Minister legt dar, wie wichtig eine sorgfältige Haushaltsordnung für die Kreditwürdigkeit, für die Entwicklung der Wirtschaft und für das staatliche Eigenleben ist. Bedenklicher noch als die Aufstellung des Haushalts hält der Minister den Vollzug desselben. Ein Wiederaufbau sei auch in budgetmäßiger Hinsicht notwendig. Der Minister fährt mit der Mitteilung fort, daß wir in den zurückliegenden anderthalb Jahren der laufenden Budgetperiode einen Rückschlag von etwa 14 Millionen zu verzeichnen haben. Das sei aber nur der Anfang des Rückschlags. Es könne der Fall eintreten, daß wir vor katastrophale Verhältnisse gestellt werden, weil die Reichssteuererweisungen immer mehr zurückgehen. Alle Etats, die auf Fortsetzungen aufgebaut seien, dürften schwere Zeiten zu überstehen haben.

Wichtig hält der Minister die Bestimmungen darüber, daß wir Betriebskapital brauchen, und wie hoch es sein soll. Die Einnahmen müßten immer die Priorität vor den Ausgaben haben. Die Not erfordere den Ausgleichszwang, vor allem aber das Gleichgewicht beim Vollzug des Etats. In der heutigen Zeit seien Ausgaben ohne Deduktion einfach nicht möglich, ebensowenig Einnahmevermehrungen ohne Deduktion des Ausfalles. Unter diesem Gesichtspunkte werde auch die Möglichkeit der Aufhebung des § 7a des Gebäudesondersteuergesetzes im Zusammenhang mit den Vorschlägen der Sparkommission zu prüfen sein. Zur Einhaltung des Gleichgewichts seien dem Finanzminister durch die neue Ordnung Vollmachten gegeben, die ihn mit einer großen Verantwortung, wie auch mit Unannehmlichkeiten belasten.

Im übrigen komme es nicht auf die Paragrafen, sondern auf den Geist an, mit dem man an die Verabschiedung des Budgets gehe. Nun müsse der Kampf gegen die Schulden und weitere Verschuldung aufgenommen werden. Im außerordentlichen Etat dürften daher nur Ausgaben aus Anleihen für unmittelbar produktive Zwecke erscheinen. Bürgerpflichten sollen auch künftig einzig auf dem Geseßeswege übernommen werden.

Der Redner streift dann die Stellung des Finanzministers gegenüber den übrigen Ministern, und stellt weiter fest, daß andere Geseße in das Finanzgeseß nur aufgenommen werden können, wenn sie von unmittelbarem Einfluß auf das Budget sind, und wenn das Gleichgewicht von ihnen abhängt. Der Minister bedauert die Streichung des § 38, der die §§ 5 (Begrenzung der Ausgaben) und 34 (Festbeträge und Überschüsse) unter Verfassungsschutz stellte. Er schloß mit der Wiederholung seiner Auffassung, daß nicht die Form, sondern einzig der Geist entscheide.

Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Nächste Sitzung nachm. 5 Uhr. Vorher tritt der Haushaltsausschuß zusammen, um zu verschiedenen Abänderungsanträgen Stellung zu nehmen.

Zurechtweisung des Präsidenten der Gebäudeversicherungsanstalt Ministerialdirektor Gustav Arnold

Wie in der „Karlsruher Zeitung“ mitgeteilt wurde, tritt der Präsident der Gebäudeversicherungsanstalt, Ministerialdirektor Gustav Arnold, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen am 31. Mai d. J. in den dauernden Ruhestand. Aber 42 Jahre stand der verdiente Beamte im Dienste des badischen Staates. Geboren am 18. Februar 1866 in Emmendingen trat er nach Beendigung seiner Studien am 29. April 1889 als Rechtspraktikant in den staatlichen Vorbereitungsdiens und wurde nach Ablegung der zweiten juristischen Staatsprüfung am 23. Juli 1892 zum Referendar ernannt. Nach Verwendung bei verschiedenen Bezirksämtern und im Ministerium des Innern erfolgte 1894 seine Ernennung zum Amtmann, 1899 zum Oberamtmann und Amtsvorstand. 1908 wurde er zum Ministerialrat und Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, 1914 zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt und rückte 1919 zum Ministerialdirektor auf. 1921 übernahm er das Amt des Präsidenten der Gebäudeversicherungsanstalt, in einer Zeit, wo organisatorische und wirtschaftliche Aufgaben an den Leiter dieser Anstalt besonders hohe Anforderungen stellten.

Ministerialdirektor, Präsident Arnold, blüht auf eine lange, arbeitsreiche Tätigkeit im Dienste der Bezirksverwaltung, im Ministerium des Innern und zuletzt bei der Gebäudeversicherungsanstalt, zurück. In allen seinen Dienststellen zeichnete er sich durch hervorragende Kenntnisse und unermüdete Arbeitskraft aus und erwarb sich die Hochachtung und das Vertrauen aller Kreise. Der Staatspräsident hat dem verdienten Beamten anlässlich seines Ausscheidens aus dem Staatsdienst für seine langjährige, pflichttreue und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der inneren Staatsverwaltung den Dank und die volle Anerkennung der badischen Regierung ausgesprochen. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre den wohlverdienten Ruhestand zu genießen!

Keine Aussichten für die Zulassung von Glücksspielen

Die beiden größten deutschen Badeorte Wiesbaden und Baden-Baden haben bekanntlich versucht, zur Aufbesserung ihrer schlechten Finanzlage die Erlaubnis zu bekommen, Glücksspiele zu veranstalten. Die Oberbürgermeister der beiden Städte hatten zu diesem Zweck das Reichsfinanzministerium brieflich um eine Unterbrechung nachgesucht, um dem Minister ihren Standpunkt eingehend darlegen zu können. Wie aus Berliner Quelle verlautet, besteht aber zur Zeit keine Möglichkeit, diesem Wunsche stattzugeben, zumal die Abhaltung von Glücksspielen innerhalb Deutschlands durch Reichsgesetz verboten ist und dieses Verbot nur durch ein neues Reichsgesetz aufgehoben werden kann. Ein Zeitpunkt für die Ansprache ist noch nicht festgesetzt worden.

Aus der badischen Industrie.

Erfreulich aus der Zigarrenindustrie. Die rasche Wiederaufzählung der Zigarrenindustrie in den letzten Wochen hat den Zigarrenarbeitern in Mauenberg bei Wiesloch wieder zu einer ausreichenden Beschäftigung verholfen. Die drei Zigarrenfabriken Landfried, Jacobi und Walter & Dieck haben den Betrieb wieder in vollem Umfang aufgenommen und ihre sämtlichen früheren Arbeiter eingestellt. Die noch überschüssigen Arbeitskräfte der Zigarrenindustrie fanden bei der Krenner-Zigarrenfabrik in Neuloch Arbeitsmöglichkeit, so daß es jetzt in Mauenberg nach nur wenigen Monaten noch 3-400 erwerbslose Tabakarbeiter zählt, keine Arbeitslose dieses Gewerbebezugs mehr zu unterstützen gibt.

Zu den Unterschlagungen beim Spar- und Darlehensvereine in a. Rh.

Die Zeitungen berichten über die Unterschlagungen und Fälschungen eines „Sparasseneders“ aus a. Rh., der vom Schöffengericht Karlsruhe zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Vom Ministerium des Innern als Aufsichtsbekörde wird zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hingewiesen, daß es sich bei der in Frage kommenden Kasse nicht um eine öffentliche (unter Staatsaufsicht stehende) Sparkasse handelt.

Tagungen

Die Tagung des Schwarzwaldbereins in Triberg. Der Badische Schwarzwaldberein hält vom 18. bis 15. Juni in Triberg seine diesjährige Haupttagung ab. Der Bürgermeister von Triberg, Wilhelm Keil, hat dem Schwarzwaldberein ein Willkommen gewidmet, in dem es heißt: „Die Freude an Wäldern, Bergen und Bächen, die Sorge um Wege, Stege und Hüften führt Euch, Schwarzwaldbandener, zu uns in die Bergwaldstadt zu erster Beratung und Förderung unserer Waldheimat, zu maßvoller Befundung enger und treuer Verbundenheit mit Natur und Heimat, Volk und Vaterland. Dankbaren Vergens nehmen wir Euch auf, frohen Sinnes sollt Ihr unter uns weilen, einigen Willens wollen wir tagen, treuen Gedankens wieder voneinander scheiden. Das sind Tribergs Labung, Gruß und Wunsch zur Jahrestagung 1931.“

Auf dem Landesverbandstag der badischen Betriebs- und Innungsrentenrenten, der in Freiburg abgehalten wurde, erklarte Geschäftsführer Dr. Bräuninger den Geschäftsbericht 1930, aus dem hervorgeht, daß die wirtschaftliche Notlage des Grenzlandes Baden sich auch bei den Krankentassen fühlbar macht. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1930 insgesamt 94 Betriebsrententassen mit rund 80 000 Versicherten, und 15 Innungsrententassen mit rund 8000 Versicherten. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um 11 000 Versicherte. Der Voranschlag für 1931 wurde ebenso wie die Beitragsfestsetzung von 17 auf 12 Pf pro Kopf genehmigt. Ferner stimmte die Versammlung dem Antrag auf Bereinigung der Landesverbände Baden und Pfalz zu. Die diesbezüglichen Verhandlungen sollen weitergeführt werden.

Die Tagung der badischen Fleischbeschauer in Karlsruhe war verbunden mit der 25jährigen Jubiläumsfeier des Verbandes. Die Gründung einer Eierbefähigung konnte die erforderliche Mehrheit nicht finden. Dagegen sprach sich die Versammlung mit großer Mehrheit für eine Beitragssteigerung aus. An Stelle des verstorbenen ersten Vorsitzenden, Bürgermeister Schwarz, Gausen, wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Bauer, Durlach, gewählt, ebenso der bisherige Gesamtvorstand. Die Beratungen schloß ein Lichtbildvortrag über Maul- und Klauenseuche, sowie die Fortführung der elektrischen Betäubung bei Schweinen durch die Schlachthofdirektionen.

Die neue Heidelberger Universität

Am 9. Juni wird die neue Heidelberger Universität, der Schurman-Bau, feierlich eingeweiht. Nach dem bisher feststehenden Programm werden sich die Teilnehmer an der Einweihungsfeier, die Professoren der Heidelberger Universität und die Gäste von anderen Hochschulen, Vertreter des Staates und der Stadt, mit dem derzeitigen Rektor Prof. Dr. Meißner an der Spitze, im großen Saal im alten Kollegienhaus versammeln. Von hier aus wird sich dann der Zug über den großen freien Platz zum neuen Bau begeben. Bei günstiger Witterung wird der Rektor zunächst eine Ansprache im Freien halten.

Der eigentliche Festakt wird in der Aula vor sich gehen und durch Orgel und Orchestermusik eingeleitet. Nach den verschiedenen Ansprachen kommt die Kantate „Wenn der alte, heilige Vater“ von Musikdirektor Fortner (Heidelberg), dem Direktor des Evangelischen Kirchenmusikinstituts der Universität, zur Aufführung. Mit der Anwesenheit des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Jacob Gould Schurman, wird bestimmt gerechnet. Auch der jetzige Botschafter, Sadett, wird erwartet.

Das badische Zentrum zum Steuervereinfachungsgesetz

Die Parteileitung der badischen Zentrumspartei und die badische Zentrumsfractionsleitung veröffentlichten eine Erklärung, worin das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und der badischen Volkspartei wegen des Steuervereinfachungsgesetzes für das badische Zentrum als eine schwere Enttäuschung bezeichnet wird. Es legt Wert auf die Feststellung, daß es nach wie vor seinen Widerspruch gegen das Steuervereinfachungsgesetz der Notverordnung aufrechterhält und für die Länder die Kompetenz reklamiert, Freigrenzen, Befreiungsmöglichkeiten und Festsetzung des Tarifs selbstständig zu regeln. Auf dieser Basis, so heißt es in der Erklärung, hätte ein Vergleich zustande kommen müssen. Die badische Zentrumspartei lehnt die Verantwortung für die aus dem Gesetz sich ergebende Lastenverschiebung ab. Sie gibt sich indes nach wie vor der Hoffnung hin, daß ein Weg gefunden werden möge, wodurch die Bedenken ausgeräumt werden und die geäußerten Wünsche Berücksichtigung finden.

Aus den Parteien

Zur Vorbereitung des Parteitag der badischen Staatspartei am 18. und 14. Juni in Überlingen tagte am Sonntag, den 17. Mai, in Karlsruhe der Parteivorstand der Staatspartei. Der Parteitag wird am Sonntag, 13. Juni, vormittags beginnen. Einen besonders breiten Raum wird die Erörterung der wirtschaftspolitischen Zusammenhänge einnehmen. Über die Reichspolitik wird in einer großen öffentlichen Kundgebung Reichsminister und Reichsfinanzminister Dietrich sprechen. — Der Parteivorstand beschloß die Bildung eines Wirtschaftsausschusses bei der badischen Landespartei, der von Landtagsabgeordneten Dr. Waibling (Lahr) geleitet werden wird. — Zum Schluß der Vorstandssitzung hielt Reichsfinanzminister Dietrich ein ausführliches Referat über die politische und wirtschaftliche Lage im Reiche.

Der 46. Badische Gastwirtsverbandstag findet am 9. und 10. Juni in Singen a. S. statt. Die Tagesordnung enthält u. a. die Neuwahl des ersten Vorsitzenden, Vorträge über einschlägige Sachfragen und eine Reihe von Anträgen.

Aus der Landeshauptstadt

Fünfzehnjähriges Bestehen des Bundes erblindeter Krieger

Gedenkfeste in Karlsruhe

Der Bund erblindeter Krieger, Bezirk Baden, dem sämtliche Kriegsbekindeten des Landes angehören, kann in diesem Jahre auf sein 15jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand im Anschluß an die Jahres- und Landesversammlung dieser Organisation am Sonntag im „Colosseum“ in Karlsruhe eine Gedenkfeste statt, zu der neben zahlreichen anderen Landes- und Stadtbehördenvertretern sowie Vertretern bestreuerter Nachbarverbände, Oberregierungsrat Dr. von Babo für den erkrankten badischen Staatspräsidenten Bittmann erschienen war. Nach einem vom Waldhornquartett des Badischen Landestheaters vorgetragenen Chor aus „Barshaf“ ergriff Bezirksvorsitzender Wöhe, Karlsruhe, das Wort zur Begrüßungsansprache, in der er ausführte, daß die sich von Jahr zu Jahr verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegsbekindeten, die sich immer mehr fühlbar machende Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung für ihre Not und die von der Reichsregierung geplanten Verschlechterungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Versorgungsweins, auch die Kriegsbekindeten aus der bis jetzt stets geübten Zurückhaltung herausdrängen. — Oberregierungsrat Dr. von Babo überbrachte die Grüße und Segenswünsche des badischen Staatspräsidenten und Innenministers, Bittmann. Die badische Regierung werde auch weiterhin, wie bisher, bemüht sein, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Notlage der badischen Kriegsbekindeten zu lindern.

Besonders ergreifend gestaltete sich die Gedächtnisansprache für die verstorbenen Kameraden und Toten des Weltkrieges, die von Kamerad Werner, Waldbrunn, gehalten wurde. Bezirksvorsitzender Wöhe gab sodann einen kurzen Überblick über die bestloffenen 15 Jahre. Der Bezirk Baden umfaßt mit seinen 119 Mitgliedern fast alle Kriegsbekindeten des Landes; außerdem zählt der Bund noch etwa 800 unterstützende Mitglieder, davon sind 300 Gemeinden. Bisher wurden durch die Bundesunterstützungskasse an die Mitglieder 23 000 RM. an Beihilfen, jährlich etwa 10-12 000 RM. an Darlehen ausbezahlt. Besondere Dankesworte richtete der Redner an Oberregierungsrat Dr. von Babo, der die ganzen Jahre hindurch unermüdet für die Unterstützung des Bundes gewirkt hat. Der aus Berlin zur Bezirkstagung nach Karlsruhe gefommene 1. Vorsitzende des Reichsbundes, Amtsgerichtsrat Dr. Klein, Berlin, verbreitete sich eingehend über die Notlage der Kriegsbekindeten. Der Bund mit seinen 3000 blinden Mitgliedern werde zahl und unermüdet an seinem Aufgabekreis weiterarbeiten. — In einer Entschließung wird Protest gegen eine Kürzung der Versorgungsgebühnen erhoben. Unter allen Umständen sollen aber die Kriegsbekindeten von einer Kürzung ausgeschlossen werden.

Karlsruher Verkehrsfragen

Auf Einladung der Polizeidirektion Karlsruhe fand am Montag mittag im Bezirksamt eine Pressebesprechung statt über wichtige Fragen der Karlsruher Verkehrsregelung, an der auch ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Automobilklubs teilnahm. Regierungsrat Schäfer, der in Vertretung des Polizeidirektors die Besprechung leitete, gab einen interessanten Überblick über die verschiedenen Arten der Verkehrsregelung und der automatischen Verkehrsregler, wobei er die Verkehrsregelung in anderen Städten, vor allem in Frankfurt und Stuttgart, zum Vergleich heranzog. An Hand eines übersichtlichen statistischen Materials wies er nach, daß die Verkehrsunfälle in Karlsruhe in letzter Zeit erheblich zugenommen haben, trotzdem die Polizeidirektion unablässig bemüht ist, durch Aufklärung, durch Erziehung des Publikums und durch neuzeitliche Verkehrsregelung, die Unfälle zu verhüten. So ist die Zahl der Zusammenstöße von 327 im Jahre 1925 auf 1378 im Jahre 1930 gestiegen; die Zahl der Verletzten in derselben Zeit von 170 auf 709, die der Getöteten von 4 auf 18, die Zahl der Sachschäden von 251 auf 1436. Dem gegenüber hat die Zahl der Kraftfahrzeuge in Karlsruhe einschließlich der Bororte, nicht in gleichem Maße zugenommen; sie ist von 2782 am 1. Juli 1927 auf 4367 am 1. Juli 1930 gestiegen.

Die Zahlen lassen erkennen, daß die Verkehrsdisziplin der Karlsruher Bevölkerung noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Die Frage der Verkehrsregelung am Rönninger-Graben, die wegen der Straßenbahnhaltestellen besondere Schwierigkeiten bietet, wurde ebenso wie die Verkehrsregelung durch automatische Lichtsignale, eingehend besprochen. An die Darlegungen des Vorsitzenden schloß sich eine Aussprache, in der u. a. die Frage der Parkplätze erörtert wurde. — Am Montag morgen hatte die Durchführung einer neuartigen Signallampe, des sogenannten „Traffic-Automaten“, an der Ecke Ritter- und Kriegsstraße stattgefunden, die ebenfalls in der Pressebesprechung näher behandelt wurde.

Keine Schnellzugbenutzung mit Sonntagsrückfahrkarten an Pfingsten. Wegen der bestehenden betrieblichen Bedenken dürfen die Schnellzüge an Pfingsten in der Zeit von Freitag vor Pfingsten bis Dienstag nach Pfingsten mit Sonntagsrückfahrkarten nicht benutzt werden; zugelassen sind sie nur im Verkehr Reichsbahn-Saarbahnen-Reichsbahn.

25jähriges Dienstjubiläum. Der durch seine Tätigkeit im Archivwesen weit über Badens Grenzen hinaus bekannt gewordene Direktor des Badischen Generallandesarchivs, Dr. G. Baier, feierte gestern seinen 50. Geburtstag und zugleich sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Bezirksverein für Jugendkranke, Gerichtshilfe und Gefangenenerkennung. „Der Hauptmann von Köpenick“ hat den großen Kreis seiner Besucher mit Eindringlichkeit auf die Schwere des Loses der Vorbestraften aufmerksam gemacht. Hier angemessene Hilfe zu leisten ist Aufgabe der in Baden schon seit 100 Jahren bestehenden Bezirksverein für Jugendkranke, Gerichtshilfe und Gefangenenerkennung. Mit einem am kommenden Donnerstag (21. Mai) 20 Uhr im Schwurgerichtssaal (Stephanienstraße 3) hier stattfindenden Werbeabend will der Karlsruher Bezirksverein die Öffentlichkeit für seine Tätigkeit interessieren. Strafanstaltsdirektor Bauer, Bruchsal, wird über „Licht und Schatten aus Seelgerichte und Fürsorgearbeit im Justizhaus“ sprechen. Der Eintritt ist frei.

Ein Hauptgewinn der Preussisch-Schlesischen Klassenlotterie von 50 000 RM ist auf das Los Nr. 59 999 gefallen. Es wird in der zweiten Abteilung in Viertel in Baden gespielt.

Der Mannheimer Gelbbriesträgerraub aufgefährt. Der vor etwa 8 Tagen in einem Hause der Seidenheimer Straße in Mannheim verübte schwere Raubüberfall auf einen Gelbbriesträger, bei dem den Tätern 3000 RM. in die Hände fielen, ist aufgeklärt. Als Täter wurden verhaftet der 22 Jahre alte Kunstschüler Adolf Hed aus Karlsruhe, der 22 Jahre alte C. Schwarz und der 20 Jahre alte Hermann Erich Casper aus Breslau. Hed wurde in Karlsruhe festgenommen und nach Mannheim gebracht. Bei der Gegenüberstellung wurden die Täter einwandfrei erkannt. Der Haupttäter hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Schwarz wurde in Korbheim bei Hannover festgenommen. Casper ist flüchtig und hat sich nach Holland gewandt. Casper war derjenige, der sich in Mannheim einmietete und die Postanweisung abhol. Schwarz und Hed besuchten die Kunstschule in Karlsruhe, Caspar hat ihnen Modell gestanden. Bei den Festgenommenen wurden noch einige hundert Reichsmark der Beute vorgefunden.

Töblicher Unfall. Als Montag nachmittag gegen 7 Uhr ein Polizeibeamter einem Motorradfahrer in der Durlacher Allee das Haltezeichen gab, bremste dieser derart stark, daß er mit seinem Motorrad zu Fall kam und benutzlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde mit dem Krankenauto in das städtische Krankenhaus verbracht, wo er in vergangener Nacht gestorben ist. Es handelt sich um den 36 Jahre alten Mechaniker Karl Heidenreich aus Königsbach bei Forstheim.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Dienstag morgen: Ein großes Tiefdruckgebiet, das durch Vereinigung einer über der Nordsee gelegenen Zykone mit einer neuen von Westen herangezogenen Störung entstanden ist, liegt über Europa. Gegenwärtig befinden wir uns zwischen diesen beiden Tiefdruckzentren und müssen mit Fortdauer der veränderlichen Witterung rechnen. Voraussage: Wolfig mit Aufheuerungen, mäßig kühl bei wechselnden Winden. Vereinzelt Gewitterregen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. Mai		18. Mai	
	Geld	Mark	Geld	Mark
Amsterdam 100 G.	168.50	168.84	168.43	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.48	112.24	112.46
Italien . . . 100 L.	21.96	22.00	21.96	22.00
London . . . 1 Pf.	20.395	20.435	20.391	20.431
New-York . . 1 D.	4.1950	4.2030	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.414	16.454	16.407	16.447
Schweiz . . . 100 Fr.	80.85	81.01	80.83	80.99
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.95	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.423	12.443

Belegung der schweizerischen Schlepsschiffahrt auf dem Rhein. Der schweizerische Bundesrat hat vor einigen Tagen den Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Mitwirkung des Bundes bei der Sanierung der Basler Schlepsschiffahrts-Gesellschaft gutgeheißen, um diese in die Lage zu versetzen, der französischen und deutschen Konkurrenz auf dem Rheine wirksam begegnen zu können. Von einer von der Schlepsschiffahrts-Gesellschaft auszugehenden 5prozentigen Obligationen-Anleihe von 5 Millionen Franken, die auf zehn Jahre fest ist, übernimmt der Bund 3 Millionen, die anderen 2 Millionen sollen durch die beteiligten Kantone aufgebracht werden. Weiter wird der Bund noch für eine Million Genossenschaftsanteile zeichnen. Damit beteiligt sich die Regierung zum zweiten Male an einer Sanierung dieser Basler Nieder-Gesellschaft.

Waagen aller Art liefert:
FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik
 Stuttgart-Cannstatt 3

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Gagen (Amt Vörsach) wurde der bisherige Bürgermeister Gümper mit 496 Stimmen wieder gewählt. Sein Gegenkandidat, der Nationalsozialist Reff erhielt 278 Stimmen, der kommunistische Kandidat Reinert 81 Stimmen. — An Stelle des aus Gesundheitsrückichten zurückgetretenen Bürgermeisters Romer von Eigelstetten (Amt Konstanz) wurde Bürgermeister Heinrich Gensle zum Bürgermeister von Eigelstetten gewählt.

Die Bier- und Bürgersteuer. Der Bezirksrat setzte auf Grund der Notverordnung für folgende Gemeinden des Bezirks Wiesloch die entsprechenden Sätze der Bier- und Bürgersteuer zwangsweise fest: für Ballhof den zweifachen, für Baiertal den zweifachen, für Oberhof den einfachen, für Unterhof den einfachen, für Malschenberg den einfachen, für Malschhausen den einfachen, für Rettighausen den einundhalbfachen, für St. Leon den einfachen, für Schatthausen den einfachen, für Taternbach den zweifachen Betrag. Die Gemeinden Malschenberg und Wiesloch erhielten die Aufgabe, binnen einer Frist von drei Wochen eine Gemeindefeuerverordnungsverordnung zu erlassen. Außerdem muß Wiesloch innerhalb von 4 Wochen einen neuen Voranschlag aufstellen und verabschieden. Sonst erfolgt zwangsweise Festsetzung.

Der Sparkommissar in Mannheim. Wie die „N. Bad. Landesztg.“ erfährt, trifft der Reichsparkommissar, Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Sämisch, zu einer ersten Besprechung mit dem Oberbürgermeister heute, Dienstag, in Mannheim ein.

Der Kassatler Voranschlag verabschiedet. Nach 7½stündiger Sitzung verabschiedete der Bürgerausschuß Kassat den städtischen Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931. Es stimmten 46 Abgeordnete für, 36 Abgeordnete gegen den Voranschlag. Gegen den Voranschlag stimmten lediglich Kommunisten und Nationalsozialisten. Den Beratungen voraus ging die Erörterung des Oberbürgermeisters, in der er besonders die Auftragserteilung an die Waggonfabrik Kassat kritisierte. Dieser Kritik stimmte der Bürgerausschuß in einer Entschließung bei, die dem Finanzministerium zugestellt werden soll. Gleichzeitig mit dem Abschluß der Statberatungen ist die Amtszeit des Oberbürgermeisters Renner beendet. In der angenommenen Entschließung bezüglich der Waggonfabrik wird verlangt, daß die Waggonfabrik die ihr nach Paragraph 23 des Staatsvertrages vom 31. März 1920 zustehende Auftragsquote endlich zugewiesen erhalte.

Fremdenverkehr in Baden-Baden. Die Bäderstadt zählte bis zum 30. April insgesamt 13 828 Kurgäste, darunter 11 980 Deutsche und 1848 Ausländer.

Drosselung der Ausgabenwirtschaft in Rehl. Nach einer Mitteilung des Rehler Bürgermeisters tritt für die nächste Zeit eine völlige Drosselung aller Ausgaben ein, die nicht als unvermeidlich anerkannt und deshalb genehmigt worden seien. Diese Maßnahme ergibt sich aus der Tatsache, daß fast sämtliche vorhandenen Betriebsmittel für den Krankenhaus- und Oberrealschulereweiterungsbau infolge Ablehnung der Vorlage wegen Bewilligung eines Nachtragskredits von 113 000 M

berwendet werden müssen. An die städtischen Ämter und Schulen sind entsprechende Weisungen ergangen. — Der Gemeinderat hat den von der NSDAP eingebrachten Antrag auf 20prozentige Kürzung der Gehälter der Gemeindebeamten von Gruppe 8 an aufwärts nach Klarlegung der Verhältnisse und der sich ergebenden Auswirkungen abgelehnt. Der weitere Antrag auf Einführung einer Filialsteuer wurde zurückgestellt, da nach der zur Zeit bestehenden Gesetzgebung es unmöglich ist, dem Bürgerausschuß einen derartigen Antrag zu unterbreiten. — Auf den dritten Antrag zwecks Prüfung der Verantwortung für die ungerechtfertigten Überschreitungen bei den Erweiterungsbauten Oberrealschule-Krankenhaus wurde eine Kommission aus 3 Gemeinderäten und einem Gemeindebeamten gewählt, die die Unterlagen usw. prüfen und dem Gemeinderat Bericht erstatten sollen. — Das vom Verkehrsverein eingereichte Gesuch um Bewilligung eines laufenden Zuschusses für die Kraftpostlinie Rehl-Offenburg wurde abgelehnt, weil im 1931er Etat neue Ausgaben nicht bewilligt werden können.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Mannheim, 18. Mai. Der Reichspräsident empfing heute in Berlin den Sieger im „Wettbewerb mit Sportflugzeugen 1930“, Martin Schierl, aus Mannheim, und überreichte ihm den „Hindenburg-Pokal 1930“.

bd. Heidelberg, 18. Mai. Die Freimachung der Straßenpfeiler der Friedrichsbrücke von den Trümmern der Baboanfall ist soweit fortgeschritten, daß die Schiffahrt zwischen Heidelberg und Mannheim beinahe heute wieder aufgenommen werden kann. Am Wiehlinger Stauwehr wurden die unter Wasser liegenden Trümmer herausgeholt, so daß die Wehler wieder abgelassen werden konnten.

bd. Schwetzingen, 19. Mai. Am Sonntagabend kam es auf dem Friedrichsfelder Weg zu Zusammenstößen zwischen einer Gruppe Schwetzingener SA-Leuten und heimtückischen Teilnehmern vom Schützenfest des Arbeiterführerbundes. Die Schwetzingener SA-Männer, die in Uniform waren und von einem Wadausflug heimkehrten, wurden von ihren Gegnern überfallen und von den Märdern gezogen. Es kam zu Schlägereien, die auch in der Innenstadt fortgesetzt wurden. Mit Knütteln, Stöcken, Trommelschlegeln und Fahnenstangen schlug man aufeinander ein, wobei vier Personen verletzt wurden.

bd. Gernsbach, 18. Mai. Der Ehrenbürger der Stadtgemeinde, Fabrikant Ernst Böhm, feierte am heutigen Tage die Vollendung seines 60. Lebensjahres. Der Jubilar ist eine markante Persönlichkeit des Murgtals, vor allem aber genießt er hohes Ansehen in der Birtschchaft, wo er eine führende Stellung einnimmt. Vor zwei Jahre wurde ihm in Würdigung seiner großen Verdienste um das Wohl der Stadt das Ehrenbürgerrecht verliehen.

bd. Rorb, 18. Mai. Im Alter von 45 Jahren ist im Krankenhaus in Gengenbach, wo er sich einer Gallenleidenoperation unterzogen hat, gestern abend Bürgermeister Kaufner von Rorb gestorben. Er hatte seit 1928 das Amt eines Bürgermeisters inne.

bd. Freiburg i. Br., 18. Mai. Gestern fand hier eine Protestkundgebung der Milchproduzenten der Umgebung Freiburg statt, die sich gegen den Besatzungsbesuch der Milch, welcher für Freiburg mit Beginn des kommenden Monats Platz greifen wird, richtete. Es wurde die Gründung des Milchproduzentenvereins Breisgau und Vorderer Schwarzwald beschlossen, als Vorsitzende wurden gewählt die Gutsbesitzer Raimbach, Mengen und Josef Steinhart, Jarten, sowie Ökonominerat Biehauer, Freiburg. Die Organisation soll die Interessen der Milchproduzenten wahrnehmen.

bd. Vörsach, 19. Mai. Der nordwestschweizerische Presseverein unternahm am Samstag zusammen mit den oberbadischen Kollegen und dem Schweizerischen Touringclub, (Sektion Basel), eine Fahrt durch den südbadischen Schwarzwald mit anschließender Besichtigung der Anlagen des im Bau begriffenen Schluchsee-Wehres.

bd. Widen (Bfalg), 18. Mai. Während des Monats April und in der ersten Hälfte des Mai wurde erstmalig nach langen Jahren und im besonderen nach dem verschärften Durchgreifen der Grenzorgane kein Versuch der Überschreitung der pfälzisch-französischen Grenze durch junge Deutsche, die sich der französischen Fremdenlegion zuwenden wollen, beobachtet. Der Zustrom, der sonst einen monatlichen Durchschnitt von 50 jungen Leuten brachte, ist vollkommen ausgeblieben.

Staatsanzeiger

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Mai 1931 im Lande Baden verseucht mit:

Rau- und Klauenfunde:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Bruchsal	Oberhausen, Philippsburg
Bühl	Singheim
Ettlingen	Malsch
Heidelberg	Sandhausen, St. Jürgen
Mannheim	Hohenheim, Ofterstheim, Schriesheim
Weinheim	Gernsbach
Wiesloch	Rot
Schweinepest:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Friesenheim
Mannheim	Singheim
	Mannheim - Sandhofen, Mannheim - Sedenheim, Mannheim - Waldhof, Hohenheim, Rabenburg
Stodach	Winterbüren
Bertheim	Dertingen
Miltbrand:	
Amtsbezirke:	Gemeinden:
Lahr	Jägenheim, Kürzell
Bertheim	Sachsenhausen

Badisches Statistisches Landesamt.

N. 463. Bruchsal. Nach Bestätigung des Vergleichs wird das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma Peter Schwabertapp & Co., offene Handelsgesellschaft in Bruchsal, Inhaber Karl und Peter Schwabertapp, beide Kaufleute in Bruchsal, aufgehoben. (§ 69 Vergl.Ordg.) Bruchsal, 18. Mai 1931. Amtsgericht IV. Die Geschäftsstelle.

Ehrl., fol., selbst. Fel., das gut bürgerl. Kochen kann u. schon 3 Jahre in d. letzten Stelle dient, aber nur freiwillig wechseln möchte, sucht wieder Stelle für L.205 Küche und Haushalt oder als Haushälterin, wo sie nach Belieben ihr 4jähr. Mädch. bei sich haben könnte. Fel. Thilde Roggors, Werk Neuenfong, Post Welden bei Herbrud, Mittelfranken.



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 20. Mai 1931
*B 25. Th.-Gem. 901-1000 und 1501-1550
Jar und Zimmermann
Komische Oper von Vorhagen
Dirigent: Kreps
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Burl. Fischbach, Gospach, Kalmbach, Kiefer, Kentwig, Ritschl, Schoepflin, Schuster, Kilian
Anfang 20 Ende 22¼
Preise C (1-7 M)

Do. 21. 5. Zum erstenmal: Voruntersuchung. Fr. 22. 5. Julius Caesar. Sa. 23. 5. Der Hauptmann von Köpenick. So. 24. 5. Die Meistersinger von Nürnberg. Im Konzertsaal: Keine Frau, das Fräulein. Mo. 25. 5. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abends: Victoria und ihr Husar. Im Konzertsaal: Keine Vorstellung.

Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Sektion IV.

Einladung.
Mit Bezugnahme auf die Vorschriften des § 22 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion hierdurch zu der am **Donnerstag, den 11. Juni 1931, vormittags 11 Uhr,** in Mannheim im Besprechungsraum des Mannheimer Bezirksvereins deutscher Ingenieure, Otto-Weid-Strasse 21, stattfindenden

45. ordentlichen Sektions-Versammlung eingeladen.

- Tagesordnung:**
1. Verwaltungsbericht für 1930.
 2. Abnahme der Jahresrechnung für 1930.
 3. Aufstellung des Voranschlags für 1932.
 4. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses für 1931.
 5. Laufende Verwaltungsangelegenheiten; Anfragen aus dem Kreise der Mitglieder.

Als Ausweis dient der Mitgliedschein; Bevollmächtigte haben sich durch schriftliche Vollmachten auszuweisen. Den an der Sektionsversammlung nicht teilnehmenden Mitgliedern wird der Verwaltungsbericht, soweit notwendig, auf Antrag als Drucksache zugesandt. Mannheim, den 18. Mai 1931. L.202

Der Sektionsvorstand:
Dr. ing. e. h. Jof. Drecht, Vorsitzender.

Öffentliche Sparkasse Kappelroded

Geschäftsbericht 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Rassenbestand	19 994,81	Spareinlagen	813 911,33
Guthaben bei Banken und Girozentralen	21 837,36	Aufwertungs-spareinlagen	343 702,82
Darlehen gegen Hypothek	238 594,44	Giro- und Kontokorrenteinlagen	9 114,44
Darlehen in laufender Rechnung bei Privaten	291 124,37	Anlehenskapitalien	15 000,—
Darlehen auf Schuldschein	254 650,50	Bankschulden	27 082,80
Darlehen an Gemeinden	47 500,—	Ausgabenrückstände	388,65
Einnahmerückstände	42 654,90	Rücklagen	26 479,19
Aufwertungsfordernngen	216 945,00	Reingewinn 1930	12 511,22
Konto	87 897,98		
Gebäude	26 000,—		
Gewerkschaften	1 001,—		
	1 248 199,95		1 248 199,95

Berechnung des Reservefonds

Das reine Vermögen beträgt 38 990,41 RM
Laut Satzung hat der Reservefonds in mindestens 8% des Gesamtguthabens der Einleger zu bestehen
Er berechnet sich aus 823 025,77 RM auf den Betrag von 66 842,06 RM
Somit zu wenig 26 851,65 RM

Kappelroded, den 12. Mai 1931. N.455

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Epple
Der Geschäftsleiter: Springmann

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Ich habe die Leitung der chirurgischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Karlsruhe am 15. Mai übernommen
Sprechzeit täglich 11½—1 Uhr
Professor Dr. med. Paul Drevermann

Verein Genesungsfürsorge

(Großherzog-Friedrich-Jubiläumsspende)

Die Mitglieder des Vereins Genesungsfürsorge werden zu einer **Mitgliederversammlung** gemäß §§ 4-7 und § 8 Abs. 1 der Satzung auf **Sonntag, den 31. Mai 1931, mittags 12 Uhr,** in das Genesungshaus Sand, Amt Bühl, eingeladen.

- Tagesordnung:**
1. Bericht über die Vereinstätigkeit und Rechnungsergebnisse der letzten 3 Jahre;
 2. Wahl von 5 Mitgliedern des Landesauschusses.
- Freiburg, den 19. Mai 1931. L.208

Der Vorsitzende des Landesauschusses: Dr. Glöckner.

Wir werben für Sie!

Öffentliche Verbandspartasse Stodach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Rassenbestand	19 067,31	1. Spareinlagen	3 153 485,71
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Post-scheidamt	61 939,42	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 087 800,11
3. Wertpapiere	95 500,—	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	152 518,08
4. Wechsel	29 283,23	4. Sonstige Einlagen	—
5. Darlehen a. Hypotheken	2 192 156,30	5. Anlehens- und andere Schulden	—
6. Grundstückskaufgelder	206 236,30	6. Ausgabenrückstände	—
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	284 139,64	7. Rücklagen	—
8. Darlehen auf Schuldschein	276 391,65	a) Gesell. Reservefonds	135 881,68
9. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften	561 742,10	b) Sonderumlage	14 782,98
10. Aufwertungsfordernngen	526 974,01	8. Reingewinn vom Jahre 1930	76 000,98
11. Zuschussforderungen an die bürgend. Gemeinden aus Aufwertung	355 369,07		
12. Einnahmerückstände	12 647,41		
13. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
14. Gewerkschaften	1,—		
	4 621 448,44		4 621 448,44

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 3 306 003,71 RM Einlagen 165 300,19 RM
Das Reinergebnis beträgt auf Schluß des Jahres 1930 227 644,54 RM
Somit mehr 62 344,35 RM

Stodach, den 12. Mai 1931. N.453

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Rang
Der Geschäftsleiter: Gorg